

## Vom Kanzleramt in den Bahn-Tower

Vor dem Wechsel in die Wirtschaft: Ronald Pofalla

<http://www.tagesschau.de/inland/pofalla170.html>

Die Zukunft von Ex-Kanzleramtschef Ronald Pofalla ist offenbar geklärt: Nach übereinstimmenden Medienberichten wird der CDU-Politiker in den Vorstand der Deutschen Bahn einziehen. Pofalla soll demnach für den Staatskonzern als Chef-Lobbyist wirken.

Die "Saarbrücker Zeitung" hatte berichtet, für den CDU-Politiker werde ein entsprechendes Ressort neu geschaffen. Er könnte bei der nächsten Aufsichtsratssitzung im März ernannt werden. Die Nachrichtenagentur Reuters meldet, Pofalla solle für politische Kontakte in Berlin und vor allem in Brüssel zuständig werden. Die Bahn wollte sich offiziell nicht äußern und erklärte, das Unternehmen nehme grundsätzlich nicht zu Personalfragen Stellung. Pofalla hatte sich nach der Bundestagswahl überraschend gegen einen erneuten Posten in der neuen Bundesregierung entschieden. Er sitzt aber weiter im Bundestag. Der 54-Jährige war von 2005 bis 2009, während der ersten großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU-Generalsekretär und danach Kanzleramtschef. Er galt als enger Vertrauter Merkels. Pofallas Nachfolger ist nun Ex-Umweltminister Peter Altmaier.

Die Bahn hat seit dem Amtsantritt von Unternehmenschef Rüdiger Grube keinen Vorstand für Politik mehr. Grube wollte sich darum selbst kümmern. Vor allem lieferte sich das Unternehmen mit EU-Verkehrskommissar Siim Kallas Auseinandersetzungen. Dieser will die enge Verbindung zwischen staatlich subventioniertem Schienennetz und dem Konzern aufbrechen, um Diskriminierungen von Wettbewerbern besser verhindern zu können.

Die Antikorruptionsorganisation Transparency sprach von einem "Verfall politischer Sitten" und forderte, dass Pofalla sein Bundestagsmandat zurückgibt. "Wir finden es unanständig, wenn er sich erst von den Menschen wählen lässt, um nur wenige Wochen später auf einen lukrativeren Job in der Wirtschaft zu wechseln", sagte der Geschäftsführer von Transparency Deutschland, Christian Humborg, dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er verwies auf den [Koalitionsvertrag](#), in dem es heißt: "Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, streben wir für ausscheidende Kabinettsmitglieder, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und politische Beamtinnen und Beamte eine angemessene Regelung an."

Scharfe Kritik kam auch von der Linkspartei. Deren Verkehrsexpertin Sabine Leidig sagte: "Ein Teil der Mehreinnahmen durch höhere Ticketpreise soll nun offensichtlich dazu verwendet werden, bei der Bahn einen Versorgungsposten für den ehemaligen Kanzleramtsminister zu schaffen." Der Wechsel aus der Regierung in die Wirtschaft sorgte zuletzt beim früheren Staatsminister im Kanzleramt, Eckart von Klaeden, für Unruhe. Er ist bei Daimler ebenfalls für Politik zuständig. Anlass für die Kritik war, dass das Kanzleramt sich in den Streit mit der EU über neue Abgasnormen für Autos eingeschaltet hatte, die für Daimler eine große Rolle spielen. Von Klaeden war trotz seines beabsichtigten Wechsels zu Daimler offenbar über Vorlagen im Zusammenhang mit den Diskussionen zumindest informiert. Der Politiker gab im November auch sein Amt im CDU-Präsidium auf.